

- 1 KEINE ARMUT
- 2 KEIN HUNGER
- 3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN
- 4 HOCHWERTIGE BILDUNG
- 5 GESCHLECHTERGLEICHHEIT
- 6 SAUBERES WASSER UND SANITÄREINRICHTUNGEN
- 7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE
- 8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM
- 9 INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR
- 10 WENIGER UNGLEICHHEITEN
- 11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN
- 12 NACHHALTIGER KONSUM UND PRODUKTION
- 13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ
- 14 LEBEN UNTER WASSER
- 15 LEBEN AN LAND
- 16 FRIEDEN, GERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN
- 17 PARTNERSCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE



Agenda 2030 vor Ort

Landkreis und Hansestadt Lüneburg

Auf dem Weg zu einer Global Nachhaltigen Kommune

IMPRESSUM

Herausgeber/Copyright

Landkreis Lüneburg

Auf dem Michaeliskloster 4
21335 Lüneburg
E-Mail: ksl@landkreis-lueneburg.de
Internet: www.landkreis-lueneburg.de/klimaschutz
Ansprechpartner: Herr Philip Gallmeister
philip.gallmeister@landkreis.lueneburg.de

Hansestadt Lüneburg

Am Ochsenmarkt
21315 Lüneburg
E-Mail: zukunftsstadt@stadt.lueneburg.de
Internet: www.hansestadtlueneburg.de | www.lueneburg2030.de
Ansprechpartner: Herr Thomas Wiebe
thomas.wiebe@stadt.lueneburg.de

Ansprechpartner Engagement Global

Annette Turmann,
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global
Global Nachhaltige Kommune
E-Mail: annette.turmann@engagement-global.de
www.service-eine-welt.de / info@service-eine-welt.de

Kommunikation für Mensch & Umwelt

Michael Danner, Kommunikation für Mensch & Umwelt
Hausmannstr. 9-10, 30159 Hannover
www.umweltkommunikation-danner.de / info@umweltkommunikation-danner.de
Mit Mitteln des
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Umsetzung und Textgestaltung:

Phillip Gallmeister (Landkreis Lüneburg)
Maret Bening (Landkreis u. Hansestadt Lüneburg)
Tobias Neumann, Thomas Wiebe (Hansestadt Lüneburg)

Gestaltung

Fabian Ewert, visuelle Kommunikation
Foto Deckblatt: Studierende der Leuphana informieren sich über die SDG in der Konferenzwoche,
© Leuphana, Antje Seidel

Druck

Erste Auflage Oktober 2020

Die digitale Version dieses Dokuments (PDF) wurde auf Barrierefreiheit gemäß BITV 2.0 optimiert.

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.

Gefördert durch

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsiniciativen



mit ihrer

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

mit Mitteln des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Agenda 2030 vor Ort

Auf dem Weg zu einer Global Nachhaltigen Kommune

Bericht zum Projekt Global Nachhaltige Kommune in Niedersachsen

Vorwort	4
1. Nachhaltige Entwicklung als Leitbild	5
1.1 Was heißt Nachhaltigkeit?.....	5
1.2 Die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung	5
1.3 Die 17 Nachhaltigkeitsziele.....	6
1.4 Nachhaltige Entwicklung in Niedersachsen.....	7
1.5 Die Rolle der Kommunen	7
2. Das Projekt „Global Nachhaltige Kommunen in Niedersachsen“	8
3. Landkreis und Hansestadt Lüneburg auf dem Weg zur Global Nachhaltigen Kommune - Wo stehen wir?	10
3.1 Welche Aktivitäten im Landkreis und in der Hansestadt sind bisher unternommen worden?	10
3.2 Global denken, lokal handeln	13
3.3 Musterresolution zur Umsetzung der 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung	13
3.4 Kreisentwicklung, Wirtschaftsförderung und Klimaschutz	15
4. Auf dem Weg zur global nachhaltigen Kommune – Wo wollen wir hin?	16
4.1 Bildung	16
4.2 Gleichstellung	17
4.3 Klimaschutz und Energie	19
4.4 Nachhaltige Mobilität	21
4.5 Integrierte Stadtentwicklung.....	23
4.6 Konsum und Abfall.....	25
5. Ausblick	26

VORWORT

„Der einzige Weg zur Lösung eines globalen Problems sind lokale Lösungen.“

Diese Aussage der Trägerin des Alternativen Nobelpreises, Vandana Shiva, beschreibt auch das Prinzip, welches wir als Hansestadt und Landkreis Lüneburg als Global Nachhaltige Kommunen vertreten. Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, privaten Organisationen und vielen anderen gesellschaftlichen Kräften stellen wir uns der Aufgabe, vor Ort die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 nicht nur auf dem Papier zu unterstützen, sondern auch ganz konkret im Verwaltungshandeln zu verankern und mit Leben zu füllen.

Dabei reicht nachhaltiges Handeln von der Stadt- und Verkehrsplanung über den Versorgungsauftrag bis hin zur Bewusstseinsbildung. Daher sind Politik und Verwaltung, Handel, Gewerbe, Bildungseinrichtungen und letztlich jeder Einzelne aufgefordert, einen Beitrag zu leisten. Die gemeinsame Klimaschutzleitstelle von Hansestadt und Landkreis Lüneburg schiebt hierfür mit verschiedenen Akteuren entscheidende Projekte in Bereichen unseres täglichen Lebens an.

Dieser Bericht zum Abschluss des Projektes Global Nachhaltige Kommunen in Niedersachsen (GNKN) enthält gebündelt eine Darstellung, die wir bereits bei wichtigen Aspekten des öffentlichen Lebens umgesetzt haben, ebenso wie einen Ausblick zu Handlungsperspektiven in Stadt und Kreis. Dabei betreffen die Schwerpunktthemen Klimaschutz und Energie, Bildung, Gleichstellung, Nachhaltige Mobilität, Stadtentwicklung sowie Konsum und Abfall das tägliche Leben aller Bürgerinnen und Bürger in Hansestadt und Landkreis.



Landrat Jens Böther



Oberbürgermeister Ulrich Mäde

Dieser Bericht zeigt: Wir haben gemeinsam schon viel erreicht. In Zukunft wird es mehr denn je darum gehen, das Bewusstsein für die globalen Auswirkungen des kommunalen Handelns zu schaffen und die Nachhaltigkeitsziele im Verwaltungshandeln zu verankern.

Mit freundlichem Gruß

Ihr

Jens Böther
Landrat des
Landkreises Lüneburg

Ulrich Mäde
Oberbürgermeister der
Hansestadt Lüneburg

1. NACHHALTIGE ENTWICKLUNG ALS LEITBILD

1.1 Was heißt Nachhaltigkeit?

Die Entstehung des Begriffs Nachhaltigkeit und damit auch dessen erste Definition wird bereits in die Anfänge des 18. Jahrhunderts zurückgeführt. Der Oberberghauptmann Carl von Carlowitz empfiehlt im Jahr 1713 in Bezug auf die Bewirtschaftung des Waldes eine „continuierliche, beständige und nachhaltige Nutzung“. Dies führt zu dem noch heute gültigen Grundsatz, dass in einem Jahr nur so viel Holz geschlagen werden soll, wie auch nachwachsen kann und damit der Wald dauernd erhalten und bewirtschaftet werden kann.

Im Auftrag der Vereinten Nationen wurde 1987 von der sogenannten Brundtland-Kommission der Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ verfasst. Globale Probleme wie Armut, Wüstenbildung und Waldzerstörung, gewaltsame Konflikte, die Verschmutzung von Luft und Gewässern und die Übernutzung der Rohstoffe wurden nicht mehr isoliert betrachtet. Vielmehr wurde betont, dass diese Probleme gemeinsame Ursachen haben und auch nur gemeinsam zu lösen sind. Die Kommission hat die bekannteste und auch heute noch verwendete Definition für Nachhaltige Entwicklung formuliert:

„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der heutigen Generationen befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“.

In diesem Verständnis drückt sich die Verantwortung der Menschen für die nachfolgenden Generationen aus, was auch mit dem Begriff der Generationengerechtigkeit beschrieben wird. Ebenfalls entscheidend ist jedoch auch, dass alle Menschen, die gegenwärtig auf der Erde leben, dieselben Chancen auf ein menschenwürdiges Leben in einer intakten Natur haben. Das wird mit dem Begriff der „Verteilungsgerechtigkeit“ beschrieben. Die Verknüpfung von ökonomischen, sozialen und ökologischen Kriterien für jetzige und zukünftige Generationen bildet somit die Grundlage für eine global nachhaltige Entwicklung. Der Brundtland-Bericht gilt als der Beginn des weltweiten Dialogs

über Nachhaltigkeit. Ein weiterer Meilenstein ist die Verabschiedung der Agenda 21 auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro.

1.2 Die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung

Gut zwei Jahrzehnte, im September 2015, später haben die Vereinten Nationen auf ihrer Generalversammlung mit 193 Staaten die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Sie wurde mit breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft in aller Welt entwickelt und stellt einen Meilenstein in der jüngeren Geschichte der Vereinten Nationen dar. Die Länder der Erde machen damit deutlich, dass die globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösbar sind. Kernstück der Agenda sind die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). Sie skizzieren in 169 Unterzielen wie auf der Erde bis zum Jahr 2030 der wirtschaftliche Fortschritt mit sozialer Gerechtigkeit verknüpft wird und dabei die ökologischen Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Alle Länder der Erde sind aufgerufen, diese Ziele in ihre nationale Politik zu integrieren und umzusetzen. In Deutschland wurden die globalen Nachhaltigkeitsziele in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen, die für alle Ministerien gilt und regelmäßig überarbeitet wird.

1.3 Die 17 Nachhaltigkeitsziele

DIE SDGs IM ÜBERBLICK



1.4 Nachhaltige Entwicklung in Niedersachsen

Viele Bundesländer folgen diesem Beispiel und verfassen landesweite Strategien und Programme. Die niedersächsische Landesregierung hat zwei Dokumente, die die Ziele der Agenda 2030 im Blick haben. 2015 wurden Entwicklungspolitische Leitlinien erarbeitet. Diese Leitlinien zeigen die Grundprinzipien der niedersächsischen Entwicklungspolitik auf und benennen Handlungsfelder für zukünftige Aktivitäten. Entwicklungspolitik wird zur Querschnittsaufgabe der Ressorts und sollte in allen Ministerien verankert werden. Dies spiegelt sich bei den Partnerschaften des Landes mit Eastern Cape in Südafrika oder mit Tansania wider. Unterstützt werden nachhaltige Projekte von der beruflichen Bildung bis zum Klimaschutz, vom Jugendaustausch in Schule und Sport bis zum Wasser- und Abfallmanagement sowie zur Energieeffizienz. In der niedersächsischen Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2017 werden in 26 Handlungsfeldern Ziele und Indikatoren benannt, wie eine Nachhaltige Entwicklung für Niedersachsen gestaltet und überprüft werden soll. In beiden Fällen gelang die Erarbeitung in einem gemeinsamen Prozess, bei dem alle Landesministerien sowie Verbände der Kommunen, der Wirtschaft und der Nichtregierungsorganisationen einbezogen waren.

1.5 Die Rolle der Kommunen

In internationalen und nationalen Beschlüssen und Strategien wird betont, dass die Staaten alleine diese anspruchsvolle Aufgabe nicht lösen können, sondern dafür auch die Verbände, die Unternehmen und ganz besonders die Kommunen benötigen.

„... die Kommunen sind wesentliche Akteure und treibende Kraft zur Erreichung der Agenda 2030“.

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2017 S. 46 ff.

„... Für eine Landesnachhaltigkeitsstrategie sind die Kommunen unverzichtbarer Akteur.“

Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen 2017 S. 11

Von der Sozialarbeit, der Gesundheitsvorsorge, dem Engagement für Bildung, Armutsbekämpfung und Gleichstellung über die Wirtschaftsförderung bis hin zur Verkehrs- und Bauplanung, der Entwicklungspolitik und dem Umwelt- und Klimaschutz bilden die Aktivitäten der Kommunen auch die Themen der Agenda 2030 ab. In den Kommunen leben, arbeiten und konsumieren die Menschen. Sie nutzen Verkehrswege und Energieträger, sie entsorgen ihren Müll, sie bilden sich fort und sie gehen Freizeitaktivitäten nach. In Partnerschaften mit Kommunen im globalen Süden gestalten sie den Austausch von Kenntnissen, Erfahrungen und Sichtweisen. Daher werden in Städten und Gemeinden auch die verschiedenen Bedürfnisse und Zielkonflikte besonders deutlich. Allerdings bieten sich vor Ort auch besondere Möglichkeiten der Begegnung, des Dialogs und damit auch der gemeinschaftlichen Entwicklung von Lösungen.

2. DAS PROJEKT „GLOBAL NACHHALTIGE KOMMUNEN IN NIEDERSACHSEN“

Im Jahr 2016 startete in Niedersachsen ein Prozess zur Umsetzung der Agenda 2030 und der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele auf der kommunalen Ebene. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global führte mit Unterstützung des Landes Niedersachsen und der kommunalen Spitzenverbände eine Befragung aller niedersächsischen Kommunen durch. In vier regionalen Fachtagungen informierten und vernetzten sich kommunale Akteure. Hier wurde deutlich, wie vielfältig bereits die Ansätze sind: Städte-Partnerschaften, Faire Trade-Aktionen, Kulturelle Veranstaltungen, integrierte Stadtentwicklungsprozesse oder Klimaschutzkonzepte sind einige Beispiele. Was häufig fehlte, war eine Bündelung dieser Aktivitäten und eine fachübergreifende Abstimmung über die Ziele, die prioritären Handlungsfelder und die entsprechenden Zuständigkeiten bei der Umsetzung.

Das Projekt „Global Nachhaltige Kommune in Niedersachsen“ setzte hier an. So entwickelten 12 niedersächsische Gemeinden, Städte und Kreise

von Ende 2018 bis Ende 2019 Strategien zur Verankerung und Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele. Die teilnehmenden Kommunen stellen einen Querschnitt der kommunalen Landschaft in Niedersachsen dar: Samtgemeinden, Gemeinden, Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landkreise sind mit im Boot!

Die Ziele des Projekts bündeln sich in zwei zentralen Punkten:

- Bewusstsein schaffen für die globalen Auswirkungen des kommunalen Handelns
- Die Nachhaltigkeitsziele als Querschnittsthemen im Verwaltungshandeln verankern

Jede Kommune ist anders – daher galt auch für das Projekt, dass jede Kommune im Rahmen ihrer Bedürfnisse, ihrer Ausgangslage und Handlungsmöglichkeiten Beratung und Unterstützung erhält.





Das erste Vernetzungstreffen mit den Kommunen in Osnabrück (Foto: A. Kückelmann)

Zentrale Bausteine des Projektes waren:

1. Bestandsaufnahme: Ein Überblick zu vorhandenen Konzepten zeigte Anknüpfungspunkte.
2. Projektbegleitgruppen: Der Querschnittscharakter wird deutlich, wenn sich innerhalb einer Kommune Personen aus allen Bereichen der Verwaltung austauschen.
3. Netzwerktreffen: Drei Vernetzungstreffen und eine feierliche Abschlussveranstaltung für alle beteiligten Kommunen boten Gelegenheiten zum Wissenstransfer und zur kollegialen Beratung.
4. Erstellung eines kommunalen SDG-Nachhaltigkeitsberichts: Jede Kommune beschreibt für ihre Verwaltung, Kommunalpolitik und die Öffentlichkeit die Ergebnisse des Projektes und skizziert, wie sie sich dauerhaft für eine global nachhaltige Entwicklung vor Ort einsetzt.

Am 4. Dezember 2018 fand in Osnabrück als offizieller Auftakt das erste Vernetzungstreffen statt. Die Anwesenden stellten ihre bisherigen Aktivitäten sowie Erwartungen vor. Dabei ergab sich ein kreativer Blumenstrauß an Projekten und Aktionen. Es wurde deutlich, wie groß die Möglichkeiten des Voneinander-Lernens noch sind. Dieser Austausch wurde in Hannover und in Buxtehude fortgeführt. Dazwischen gab es die Phasen der Beratung und der Diskussion innerhalb der Projektbegleitgruppen. Den Abschluss des Projektes bildete ein Treffen in Hannover, bei dem alle Kommunen nochmals für ihr Engagement gewürdigt wurden.

3. LANDKREIS UND HANSESTADT LÜNEBURG AUF DEM WEG ZUR GLOBAL NACHHALTIGEN KOMMUNE - WO STEHEN WIR?

3.1 Welche Aktivitäten im Landkreis und in der Hansestadt sind bisher unternommen worden?

Im Landkreis Lüneburg und in der Hansestadt gibt es seit der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 Aktivitäten im Rahmen des Prozesses zur Agenda 21.

Klimaschutz und Nachhaltigkeit spielen eine wichtige Rolle im täglichen Handeln der Verwaltungen und der Gesellschaften von Landkreis und Stadt. Das Thema Nachhaltigkeit gilt inzwischen als Teil einer kommunalen Identität.

Im Landkreis und in der Hansestadt gibt es daher bereits verschiedene Ansätze und unterschiedliche Projekte, welche die Zielsetzung einer nachhaltigen

Entwicklung verfolgen und an deren Umsetzung viele Akteure mitarbeiten.

Die Hansestadt Lüneburg ist bereits im Jahr 1991 Mitglied des Klima-Bündnisses (Alianza del Clima e.V.) geworden und hat sich in der „Erklärung von Bozen“ zu den Zielen und Handlungsgrundsätzen der Städte im Klima-Bündnis bekannt. Ein Nachhaltigkeitsrat wurde im Jahr 2005 unter dem Dach des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) begründet und berät bis heute den Rat der Hansestadt in verschiedenen Themenfeldern. Als ein bedeutender Aspekt der Nachhaltigkeit wurde der Klimaschutz in den vergangenen Jahren immer wichtiger.

Zur Verstärkung der Klimaschutzaufgaben haben der Landkreis und die Hansestadt 2008 eine gemeinsame Klimaschutzleitstelle (KSL) gegründet.



Atlas der Visionen, Mareike Thies



Übergabe des „Atlas der Visionen“ an Oberbürgermeister Ulrich Mädge durch Prof. Ulli Vilsmaier, © Hansestadt Lüneburg

Die KSL veröffentlicht jährlich einen Bericht über die Klimaschutzaktivitäten und zum Stand der Energiewende im Landkreis.

Die Hansestadt Lüneburg als größte Kommune im Landkreis berief im Juni 2012 einen Nachhaltigkeitsbeauftragten mit der Aufgabe, die Nachhaltigkeitsaktivitäten der Stadt zu koordinieren und Brücken zwischen Verwaltung, Politik, Universität und Zivilgesellschaft für ein zukunftsfähiges Lüneburg zu bauen. Auf diese Weise soll das Thema Nachhaltige Entwicklung in Lüneburg langfristig verankert werden.¹

Hervorzuheben als wichtige Akteurin ist die Leuphana Universität Lüneburg, deren Schwerpunkt in der Nachhaltigkeitsforschung und –lehre liegt. In Kooperation mit Landkreis und Hansestadt wirkt die Leuphana Universität immer wieder mit Projekten in die Region und die Einbindung vieler Menschen der Zivilgesellschaft gelingt.

Gerade aus der engagierten Bürgerschaft kommen weitere Impulse und wichtige Beiträge für eine nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Soziales, Umwelt und Wirtschaft. Beispielhaft aufgeführt werden kann hier der bereits 1985 gegründete Verein Technik Umwelt Natur e.V. (T.U.N.), in dem sich engagierte Bürgerinnen und Bürger für eine Umweltmesse, die Umweltfilmtage oder Dialogformate wie dem Zukunftsrat engagieren.

Oberbürgermeister Ulrich Mädge zählte 2010 zu den Begründern des bundesweiten Oberbürgermeister-Netzwerks „Dialog Nachhaltige Stadt“, einem Zusammenschluss der Hauptverwaltungsbeamten im bundesweit agierenden „Rat für Nachhaltige Entwicklung“.

Einen besonderen Höhepunkt erzielte Lüneburg im Jahr 2015, als die Hansestadt mit dem „Deutschen Nachhaltigkeitspreis“ für Städte und Gemeinden ausgezeichnet wurde.

Seit dem Jahr 2015 nimmt die Hansestadt Lüneburg in Kooperation mit dem Verein T.U.N., der Leuphana Universität Lüneburg und der Landeszeitung für die Lüneburger Heide am Wettbewerb „Zukunftsstadt“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

1 https://www.hansestadtlueenburg.de/PortalData/1/Resources/stlg_dateien/stlg_dokumente/nachhaltigkeit/Projektdokumentation_DialogN.pdf

(BMBF) teil. Studierende an der Leuphana Universität arbeiteten im Modul „Wissenschaft trägt Verantwortung“ an Visionen für die Hansestadt Lüneburg als Vorreiterin für nachhaltige Entwicklung.

Die so entstandenen 25 Zukunftsvisionen unterstützen eine lokale Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) und ergeben den „Atlas der Visionen“ für eine nachhaltige Hansestadt Lüneburg im Jahr 2030 und darüber hinaus.

Dieser Atlas „Zukunftsstadt Lüneburg 2030+“ wurde dem Oberbürgermeister im Mai 2016 überreicht.

In Phase II des Projektes wurde seit 2017 an die erarbeiteten Visionen angeknüpft. Die 25 Visionen wurden in fünf sich überschneidenden Themenfeldern zusammengefügt, die mit „Stadt-leben gestalten“, „Gemeinsam wirtschaften“, „Vernetzen und versorgen“, „Gemeinsam planen und entscheiden“ sowie „Dem sich wandelnden Klima begegnen“ überschrieben sind. Bis Juni 2018 wurden für diese Themenfelder oder auch für einzelne Visionen ein Katalog konkreter Maßnahmen entwickelt, der auf lokaler Ebene in Lüneburg getestet und umgesetzt werden soll.

Diese 17 „Lüneburger Lösungen“ bauen auf dem Engagement und den Potenzialen Lüneburgs auf. Mit der Umsetzung von 15 Realexperimenten wird die Phase III, der „Zukunftsstadt Lüneburg 2030+“ seine Fortsetzung erhalten.

Nach einem Ratsbeschluss von März 2019 soll dieses Projekt eng verknüpft werden mit der Entwicklung eines „Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes“ (siehe Kapitel 4.5).

Im Oktober 2018 unterzeichneten Kreisrätin Sigrid Vossers für den Landkreis Lüneburg und Stadtrat Markus Moßmann für die Hansestadt die Teilnahmeerklärung am Projekt „Global Nachhaltige Kommune Niedersachsen“. Ziel war es, die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele mit den kommunalen Handlungsfeldern zu verknüpfen und somit den Teil der globalen Verantwortung des Landkreises und der Hansestadt sichtbar zu machen.

3.2 Global denken, lokal handeln

Schulpatenschaften mit Schulen des globalen Südens

Die weiterführenden Schulen der Hansestadt haben teilweise eine lange Tradition, daher waren bisherige Schulpatenschaften immer von der Zusammenarbeit mit einer direkt vergleichbaren Schule in einem europäischen (Nachbar-) Land mit einem gleichen Bildungsziel geprägt. Oftmals war der Kontakt durch das gegenseitige Erlernen einer Fremdsprache geprägt.

Hier hat es aber in den vergangenen Jahren ein Umdenken gegeben.

Inzwischen haben das Johanneum Lüneburg eine Schulpatenschaft mit der Wawetu El Shaddai School in Tanzania, die Wilhelm-Raabe-Schule mit der Bishop Moshi Secondary School in Tanzania und die Johannes-Rabeler-Schule ein „Patenkind“ in einer Schule in Togo.

Fairtrade-Town

Im Jahr 2012 erhielt die Hansestadt Lüneburg als 105. Stadt erstmalig die Auszeichnung „Fairtrade-Town“. Und in den nachfolgenden Jahren haben sich -nicht nur in Lüneburg- Produkte mit dem „Fairtrade-Siegel“ ein festes Stammpublikum erobert.



Auch der Gemeinde Adendorf im Landkreis Lüneburg wurde im Jahr 2019 die Bezeichnung „Fairtrade-Town“ verliehen.

Die Leuphana Universität Lüneburg wurde 2018 erneut als „Fairtrade-University“ ausgezeichnet.



Studentin der Leuphana zapft Fairtrade-Kaffee in der Mensa, © Leuphana, Anna Stojan

3.3 Musterresolution zur Umsetzung der 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung

Die Vereinten Nationen haben im September 2015 die 2030-Agenda und die darin enthaltenen Entwicklungsziele, die „Sustainable Development Goals“ (SDGs), verabschiedet. Alle Mitgliedsstaaten sind aufgerufen, die Umsetzung dieser SDGs zu fördern.

Die Hansestadt Lüneburg wirkt im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereits seit vielen Jahren an einer Umsetzung dieser globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen mit und unterstützt die verschiedenen Aktivitäten im Bereich nachhaltiger Entwicklung nicht nur auf lokaler Ebene.

Als beispielhafte, aber nicht abschließende, Eckpunkte wären zu nennen:

- die Mitwirkung der Hansestadt im Klima-Bündnis,
- die Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien und der Altbausanierung,
- die Vernetzung mit den Akteuren vor Ort, z. B. beim Projekt „DialogN“,
- die erstmalig in 2008 vom Rat beschlossene Richtlinie zur Beurteilung der Umweltverträglichkeit von Lieferungen und Leistungen im Rahmen eines umweltorientierten Beschaffungswesens für den gesamten „Konzern Hansestadt Lüneburg“,
- die Mitwirkung des Oberbürgermeisters im „Dialog Nachhaltige Stadt“,
- und die Beteiligung am Projekt „Zukunftsstadt Lüneburg 2030+“

Der Rat der Hansestadt Lüneburg hat in seiner Sitzung am 31. März 2020 die nachfolgende Resolution beschlossen.

2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung:

Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten

Die Hansestadt Lüneburg

begrüßt die von den Vereinten Nationen (VN) am 27.9.2015 verabschiedete 2030-Agenda und die darin enthaltenen Entwicklungsziele, die „Sustainable Development Goals“ (SDGs), die sich an die Mitgliedstaaten der VN richten, und insbesondere durch eine kommunale Beteiligung und Verantwortung mit Leben gefüllt werden sollten.²

begrüßt die Anerkennung von Städten, Gemeinden und Kreisen als zentrale Akteure für nachhaltige Entwicklung durch die erstmalige Aufnahme des sogenannten „Stadtziels“ SDG 11 „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“ in die Entwicklungsagenda der VN.

unterstützt die in der 2030-Agenda enthaltene stärkere Fokussierung auf die gemeinsame Verantwortung des Nordens und des Südens für mehr Gerechtigkeit in der Einen Welt und die darin beschriebene Verbindung zwischen Nachhaltigkeit und Entwicklung.

begrüßt die Forderung des Bundestages an die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, Städten und Kommunen weltweit mehr Einnahme- und Haushaltshoheit zu geben, sie beim Aufbau demokratischer und leistungsfähiger kommunaler Selbstverwaltungen und als zentrale Akteure einer integrativen und partizipatorischen Stadtentwicklung in ihrer internationalen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu unterstützen.³

fordert Bund und Länder auf, Kommunen und ihre Vertretungen bei der Entwicklung von Strategien zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele auf Augenhöhe einzubeziehen, die Bedeutung des kommunalen Engagements zur Erreichung der Ziele der 2030-Agenda anzuerkennen, Kommunen stärker als bisher als Akteur für Nachhaltigkeit und globale Verantwortung auch im Rahmen der eigenen Nachhaltigkeitsstrategien zu berücksichtigen und die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Dabei sollen kommunale Belastungen durch die Umsetzung internationaler Verpflichtungen von Bund und der Länder ausgeglichen werden.

Die Hansestadt Lüneburg

wird Ihre Möglichkeiten nutzen, sich für nachhaltige Entwicklung konkret zu engagieren und eigene Maßnahmen nach innen und außen sichtbar zu machen. Sie wird dies in einem breiten Bündnis gemeinsam mit den lokalen Akteuren und den Bürgerinnen und Bürgern vorantreiben.

Den Mitzeichnern der Resolution wird vom Deutschen Städtetag (DST), der Deutschen Sektion des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global eine gemeinsame Plattform zur Umsetzung der 17

Nachhaltigkeitsziele gegeben. Rund 150 Kommunen haben bundesweit bereits die Resolution unterzeichnet. Damit haben sie die Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch auf breiter Ebene und erhalten Anregungen zur Realisierung der Nachhaltigkeitsziele für die kommunale Praxis.

² www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/69/L.85&Lang=E (Seite 14)

³ Siehe Bundestagsbeschluss „Entwicklungspolitische Chancen der Urbanisierung nutzen“ vom 18.03.2015

3.4 Kreisentwicklung, Wirtschaftsförderung und Klimaschutz

Seit Juli 2014 ist der Landkreis Lüneburg 100 Prozent Erneuerbare-Energie-Region und gehört damit zu den regionalen Vorreitern der Energiewende. Ein hoher Anteil des Energiebedarfs im Kreisgebiet wird bereits jetzt aus erneuerbaren Energien gespeist: Im Strombereich sind es bilanziell über das gesamte Jahr 112 Prozent,⁴ im Wärmebereich bisher rund 10 Prozent.

Doch Klimaschutz und Energiewende können nur gelingen, wenn sich die Menschen vor Ort gemeinsam dafür einsetzen, Projekte zu planen und umzusetzen. Damit die verschiedenen Akteure der Region, die für den Klimaschutz aktiv oder relevant sind, effektiv zusammenarbeiten können, hat der Landkreis gemeinsam mit der Hansestadt Lüneburg die gemeinsame Klimaschutzleitstelle eingerichtet. Als Schnittstelle zwischen den Kommunen des Landkreises, der Wirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, den Schulen und den Bürgerinnen und Bürgern des Kreises koordiniert sie viele Projekte und Netzwerke in den Kommunen – vom Ausbau von Ladesäulen, Energiesparkampagnen über Klimaschutzkonzepte bis hin zu Aktionen in Schulen zum Thema Energiesparen.

Die Klimaschutzleitstelle wurde dem neuen Fachbereich Kreisentwicklung/ Wirtschaftsförderung/ Klimaschutz zugeordnet und richtet unter dem Ziel der Klimaneutralität die strategischen Zielsetzungen des Landkreises neu aus.

Mit diesem organisatorischen Zuschnitt arbeitet der Fachbereich Kreisentwicklung/ Wirtschaftsförderung/ Klimaschutz mit den Fachausschüssen für Erneuerbare Energien und Klimafolgenanpassung, für Mobilität und für Wirtschaft und Touristik zusammen und verbindet laufende Projekte in der Region mit den Aspekten Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Energiewende und nachhaltige Mobilität. Beispielweise ist die Einbindung des Landkreises in das regionale Wasserstoff-Netzwerk Nordostniedersachsen zu nennen. Das vom Bundesverkehrsministerium (BMVI) geförderte Netzwerk

von elf Landkreisen ist als Modellregion ausgezeichnet und soll erste Praxisansätze für Wertschöpfungsketten im Bereich Wasserstofftechnologie entwickeln. Innerhalb dieses Bündnisses werden kommunale Projektideen für die regionale Wasserstoff-Herstellung, die Speicherung und die notwendige Infrastruktur für den Lastverkehr vorbereitet.



Gemeinschaftlich mit der Hansestadt Lüneburg und der Leuphana Universität werden im vom BMBF geförderten Verbundprojekt SUSTIL⁵ neue Lösungsansätze bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele erarbeitet. Der Fokus im Projekt liegt auf einem nachhaltigen Umgang mit der endlichen Ressource Land. Hierfür sollen ökonomische Steuerungsmaßnahmen zur effizienten Beschränkung von Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen erprobt werden sowie die Ausgestaltung eines Interessenausgleichs zwischen unterschiedlichen Räumen (Stadt und ländlicher Raum) betrachtet werden.

4 Quelle: Bericht Klimaschutzaktivitäten in Hansestadt und Landkreis Lüneburg Juni 2018 bis Juni 2019

5 SUSTIL: Szenarien zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele in Stadt und Landkreis Lüneburg: Implikationen für die Steuerung der Landnutzung, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

4. AUF DEM WEG ZUR GLOBAL NACHHALTIGEN KOMMUNE – WO WOLLEN WIR HIN?

Die Ziele die sich der Landkreis Lüneburg und die Hansestadt Lüneburg auf dem Weg zu einer global nachhaltigen Kommune gesetzt haben werden exemplarischen an sechs Handlungsfeldern dargestellt.

4.1 Bildung



Die Gemeinden sowie der Landkreis Lüneburg übernehmen bereits im Rahmen ihrer Aufgaben zur frühkindlichen Bildung und Betreuung erhebliche Anstrengungen, um Strukturen zu schaffen, die den Nachhaltigkeitszielen gerecht werden.

So wird der Ausbau der ganztägigen Betreuung für die unter 3-jährigen Kinder weiter mit großen Bauvorhaben vorangebracht. Bereits jetzt werden beispielsweise in der Hansestadt, in der eine besonders hohe Nachfrage besteht, für aktuell 73% aller 1- bis 3-jährigen Betreuungsplätze in einer Krippe oder der Tagespflege angeboten.

Da die Region Lüneburg eine Zuzugsregion ist, haben auch die Gemeinden im Landkreis ihre Anstrengungen zum Ausbau der Betreuung erhöht.

Nicht nur bei den unter 3-jährigen, auch bei den 3- bis 6-jährigen werden kontinuierlich die Angebote bei den Kitaplätzen erhöht. Da zum Beispiel in der Hansestadt bereits für 89 % aller 3- bis 6-jährigen ein Kitaplatzangebot besteht, liegt der Schwerpunkt des Ausbaus heute im Umstieg von Halbtages- und 2/3-Plätzen auf Ganztagesplätze.

Damit wird sichergestellt, dass alle Kinder, für die eine entsprechende Betreuung durch die Eltern gewünscht wird, auch tatsächlich die Möglichkeit haben, an den damit verbundenen Förderungen in Sprache, Motorik usw. teilzuhaben.

Das Erfordernis vieler Familien, eine ganztägige Betreuung für ihr Kind in Anspruch zu nehmen, setzt sich seit ca. 10 Jahren mit besonderer Deutlichkeit in der Grundschule fort. So werden die Einrichtungen der Nachmittagsbetreuung bedarfsgerecht ausgebaut und die Grundschulen erhalten zudem

eine finanzielle Unterstützung um den Weg zur Einrichtung der Ganztagsschule zu gehen.

Alle weiterführenden Schulen in Stadt und Landkreis sind bereits Ganztagsschulen.

In den älteren Jahrgängen geht es weniger um die Notwendigkeit einer gesicherten Kinderbetreuung. Vielmehr werden durch die Ganztagsschule verbesserte Rahmenbedingungen für einen umfassenderen Bildungsbegriff geschaffen. Er beinhaltet nicht nur Förderung und Forderung einzelner Schülerinnen und Schüler sowie das vertiefte Erlernen von Unterrichtsinhalten. Er beinhaltet auch die Chance, sozio-kulturelle Verhaltensweisen im Klassen- bzw. Schulverband zu entwickeln, die für das gelingende Zusammenleben heterogener Gesellschaften notwendig sind.

Das seit mehr als 22 Jahren laufende Schulprojekt „Energiesparen an Schulen“ soll Kinder und Jugendliche und natürlich auch deren Lehrkräfte dafür sensibilisieren und dabei unterstützen, nachhaltig mit Energie und Ressourcen umzugehen- in den Einrichtungen selbst und darüber hinaus. Sie sollen motiviert und befähigt werden, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen, das eigene Verhalten zu reflektieren und ggf. anzupassen, sinnvolle Maßnahmen zu identifizieren sowie Veränderungsvorschläge organisatorischer oder technischer Art in die Tat umzusetzen. Die Schulen erhalten dafür bei Bedarf eine energetische Beratung, vor allem aber eine pädagogische Unterstützung. Als Anerkennung für ihr Engagement werden die Schulen am Ende des Schuljahres im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung als Energiesparschulen ausgezeichnet und erhalten eine Geldprämie. Ziel ist es, das Projekt weiter zu verstetigen und die Lehrkräfte, Kinder und Jugendliche als Multiplikatoren weiterzubilden.

4.2 Gleichstellung



Gleichstellung ist ein Verfassungsauftrag nach dem Grundgesetz. Zur Umsetzung des Verfassungsauftrages sind auf Landesebene im Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz (NGG) und auf kommunaler Ebene im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) Vorgaben zum Abbau von Benachteiligungen sowie Rechte und Pflichten einer Gleichstellungsbeauftragten verankert. Die Gleichstellungsbeauftragte wirkt an allen Programmen, Maßnahmen, Vorhaben und Entscheidungen der Kommune mit. Diese Aufgabe bezieht sich auf die internen Prozesse ebenso wie auf die, die Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. Letztere werden durch politische Entscheidungen beeinflusst. Darüber hinaus kann die Gleichstellungsbeauftragte Themen initiieren und so die Umsetzung des Art. 3 Abs. 2 GG („Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“) fördern. Im Rahmen des Projektes GNKN wurde zu den folgenden Themen gearbeitet.

Politische Partizipation von Frauen



Das aktive und passive Wahlrecht besteht in Deutschland bereits seit 1918. Eine paritätische Verteilung der politischen Macht gibt es jedoch bis heute nicht. Seit 1949 ist die Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Grundgesetz verankert. Trotz eines langsam ansteigenden Anteils liegt die Frauenquote nach der Bundestagswahl 2018 bei 31,2%.⁶ Und in der Landes- und Kommunalpolitik liegt die Quote unter denen der Bundespolitik.



Die Frauenanteile in Lüneburg bilden dabei keine Ausnahme. Während im Lüneburger Kreistag seit vielen Jahren kontinuierlich 32% Frauen vertreten sind, sank der Frauenanteil in der Hansestadt während der laufenden Legislaturperiode auf 26%. Eine Maßnahme zur Erhöhung der politischen Partizipation von Frauen ist der Mentoring-Ansatz. Politisch interessierte Frauen haben dabei die Möglichkeit, in einer 1:1 Beziehung mit Lokalpolitikerinnen bzw. Lokalpolitikern etwas über die Strukturen der Kommunalpolitik und in den jeweiligen Fraktionen zu erfahren.

Für die Kommunalwahlen 2021 hat das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung das Programm „FRAU.MACHT.DEMOKRATIE“ aufgelegt, an dem sich über 400 politisch interessierte Frauen beteiligen. Die Gleichstellungsbeauftragte aus Lüneburg ist Standortbetreuerin und begleitet die teilnehmenden 13 Tandems aus der Region.

Politische Partizipation ist darüber hinaus ein Thema der CEDAW (Convention on the elimination of the all forms of discrimination against women; UN-Frauenrechtskonvention). Von der Gleichstellungsbeauftragten wurden daher Veranstaltungen organisiert, die der Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger dienen. In Zeiten der persönlichen Konfrontation mit „Stammtischparolen“ und einer „Demokratiegefährdung durch Antifeminismus“ wurden Veranstaltungen zu diesen Themen durchgeführt.

Häusliche Gewalt

Gewalt tritt in sehr unterschiedlichen Formen auf, kommt mitten in unserer Gesellschaft vor und Frauen sind in über 80% der Fälle Opfer der Gewalt. Jede dritte Frau ist einmal im Leben von Gewalt betroffen. Dabei ist Gewalt im häuslichen Umfeld keine Ausnahme. In diesem Fall sind Frauenhäuser wichtige Zufluchtsorte für die betroffenen Frauen. Weitere wichtige Angebote sind Hilfetelefone für einen anonymen personenbezogenen Austausch, oder die Opferhilfe zur Stärkung der Betroffenen während der juristischen Strafverfolgung. Eine Anpassung der Gesetze ermöglicht konsequenteres Handeln der Polizei im Sinne der Opfer.



Häusliche Gewalt ist für Betroffene in der Regel mit Scham und Angst besetzt und der Ermutigung und Unterstützung der Betroffenen kommt hohe Bedeutung zu. Lüneburg verfügt über einen Kriminalpräventionsrat (KPR), der ein breit aufgestelltes und gut funktionierendes Netzwerk mit einer breiten Beteiligung zu unterschiedlichen Fragestellungen bildet. Kontinuierliche Sensibilisierungsarbeit ist dabei genauso wichtig, wie die Bereitstellung personeller und finanzieller Ressourcen durch die Hansestadt und den Landkreis. Ein neues Arbeitsfeld des KPR ist der Arbeitskreis „Gewalt in der Pflege“. Hierzu sind, nach einer ersten Fortbildungsmaßnahme in 2019, weitere Fortbildungen und Aktionen geplant.

⁶ Quelle: https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/mbd_zahlen_19/frauen_maenner-529508

Gesunde Geburt auf dem Land



Die gesunde Geburt auf dem Land wird aufgrund der sich verändernden Strukturen zunehmend zu einem gesellschaftlichen Thema. Dabei sind nicht nur die veränderten Rahmenbedingungen für Hebammen von Bedeutung, sondern auch die jüngsten Diskussionen um die Schließung von Krankenhausstandorten. Dies darf nicht zum Risiko für einen guten Start für Eltern und Kinder im ländlichen Raum werden.



Die Gleichstellungsbeauftragte bearbeitet dieses Thema gemeinsam mit „pro familia“ und dem Sozialdezernat der Hansestadt.

Existenzsicherung von Frauen



Die Existenzsicherung von Frauen wird durch wirtschaftliche Unabhängigkeit gewährleistet, die ungeachtet der persönlichen Rahmenbedingungen (Partnerschaft, Kinder) sichergestellt sein muss.



Denn nur mit einer wirtschaftlichen Unabhängigkeit wird jeder Frau die Entscheidungsfreiheit über die persönlichen Lebensumstände gegeben.

Grundlage für eine wirtschaftliche Unabhängigkeit sind Bildung und berufliche Qualifikation. Diese können Frauen durch Schwangerschaft und Betreuungsaufgaben nicht immer konsequent verfolgen. Es bedarf gesellschaftlicher Strukturen, um diese Nachteile auszugleichen und betroffenen Frauen gleiche Chancen einzuräumen.

Die Aufgabe der Hansestadt und des Landkreises Lüneburg ist die Etablierung und kontinuierliche Förderung der notwendigen Strukturen, um die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben sicher zu stellen. An dieser Stelle kooperiert die Gleichstellungsbeauftragte mit der Koordinierungsstelle Frau und Wirtschaft Lüneburg.Uelzen e.V.

Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf stellt in der heutigen Gesellschaft keinen individuellen Bedarf dar, sondern ist besonders im Hinblick auf den Fachkräftemangel ein entscheidender Wirtschaftsfaktor. Dabei gleichermaßen die vielfältigen Kompetenzen von Frauen und Männern zu nutzen, wird die Gesellschaft weiter verändern und zu mehr Gleichberechtigung führen.



Die Gleichstellungsbeauftragte hat dabei die Sensibilisierung der lokalen Arbeitgeber, der Bevölkerung und der internen Strukturen von Landkreis und Hansestadt im Blick. Innerhalb der Kommunalverwaltung wird ein Gleichstellungsplan im Abstand von 3 Jahren kontinuierlich fortgeschrieben. Definierte Ziele zum Abbau von Unterrepräsentanzen und Maßnahmen zur Stärkung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf werden im Anschluss

evaluiert. Der Landkreis und die Hansestadt sind für ihre Familienfreundlichkeit mit dem regionalen FaMi-Siegel ausgezeichnet.



4.3 Klimaschutz und Energie

Klimaschutz als Querschnittsaufgabe verstehen



Für eine Kommune gibt es im Rahmen des Klimaschutzes viel zu tun. Die große Aufgabe „Klimaschutz“ zieht sich als Querschnittsaufgabe durch nahezu alle Bereiche, von der Stadt- und Verkehrsplanung über den Versorgungsauftrag bis hin zur Bewusstseinsbildung. Um diese große Aufgabe überschaubar und fassbar zu machen, hat der Landkreis Lüneburg zusammen mit der Hansestadt eine gemeinsame Klimaschutzleitstelle (KSL) gegründet. Sie ist die Schaltzentrale eines Klimaschutz-Netzwerkes für die Region. Dazu gehören Akteure, die für den Klimaschutz aktiv oder relevant sind, sowie nicht zuletzt Bürgerinnen und Bürger. Die KSL berät bei Ihren Anliegen, vernetzt, unterstützt Projekte und führt eigene Projekte durch.



Ziel für die kommenden Jahre wird es sein, den Klimaschutz strategisch in die Entwicklung des Landkreises und der Hansestadt Lüneburg zu integrieren.

Zukünftig wird das Handlungsfeld zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels in den Fokus rücken und zu neuen Aufgaben und Strategien führen.

Ausbau von erneuerbaren Energien



Der Kreistag hat sich für den Landkreis Lüneburg das Ziel gesetzt, „100%-erneuerbare-Energien-Region“ zu werden. Dieses Ziel betrifft auch die Hansestadt als kreisangehörige Gemeinde. Auf der Grundlage einer Machbarkeitsstudie der Leuphana Universität Lüneburg (Fakultät Nachhaltigkeit) wurde ein Indikatoren-Set für die Entwicklungen im Bereich Energiewende und Klimaschutz aufgebaut. Bereits im Jahr 2018 wurde mit 112% mehr Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt als im gesamten Landkreis verbraucht wurde. Damit ist das rechnerische Ziel der 100%-erneuerbarer-Energie-Region für den Stromsektor erreicht. Durch gezielte Förderung und den weiteren Ausbau von erneuerbaren Energien soll dieser Stand aufrechterhalten und weiterentwickelt werden. Auf der Verbrauchsseite werden durch Öffentlichkeitsarbeit zur Energieeinsparung bei privaten Haushalten sowie Sanierungsvorhaben Energieeinsparungen in den Verwaltungen der Hansestadt und des Landkreises Lüneburg weiter vorangetrieben. Im Bereich Wärme sind die Potenziale noch nicht ausgeschöpft. Zusammen mit den privaten Versorgungsunternehmen soll ein Ausbau der Nahwärmenetze vorangetrieben werden. Der

Landkreis unterstützt dabei die Gemeinden bei der Erstellung der lokalen Nahwärmekonzepte.

Als Träger der Regionalplanung weist der Landkreis im Regionalen-Raumordnungsprogramm (RRÖP) Vorranggebiete für Windenergieanlagen aus. Zudem gibt es das „Förderprogramm erneuerbarer Energien“. Der Fonds fördert den Bau von Solarthermie-, Photovoltaik- und Erdwärme-Anlagen. Das Besondere an dem Programm: Hier sind nicht die Hausbauer oder -besitzer die Antragsteller für Fördergelder, sondern die Handwerksbetriebe. Durch diese Art der Mittelvergabe soll das Handwerk für das Thema „Erneuerbare Energien“ sensibilisiert und dazu animiert werden, den Bau solcher Anlagen in das eigene Angebot mit aufzunehmen.

Verminderung des CO₂ Ausstoßes in eigenen Liegenschaften vorantreiben

Für den Landkreis, die Hansestadt, die Samtgemeinden Ostheide, Ilmenau, Scharnebeck, das Amt Neuhaus, die Stadt Bleckede und der Flecken Dahlenburg wurde die Erstellung von Klimaschutzteilkonzepten „Eigene Liegenschaften“ beauftragt. Zielsetzung ist es, den Energie- und Ressourcenverbrauch und damit auch die Treibhausgas-Emissionen des eigenen Gebäudebestandes zu verringern. Durch eine systematische Untersuchung der Gebäudehüllen und -ausstattungen sowie durch die Auswertung der Verbräuche wurden Möglichkeiten zur Reduktion von Energieverbrauch und -kosten erkannt. Die gesammelten Daten dienen als Grundlage für den Sanierungsfahrplan der kommenden Jahre, damit die Kommunen energetische Sanierungsmaßnahmen an ihren Gebäuden vornehmen können.

In den Verwaltungen des Landkreises und der Hansestadt wurde darüber hinaus bereits ein Energiemanagement eingerichtet. Im jährlichen Energiebericht werden Verbräuche von Heizung, Strom und Wasser und die entstandenen Kosten dargestellt. Der Bericht wird um eine Aussage zur Entwicklung der berechneten CO₂ Emissionen ergänzt. Der Bericht wird fortgeschrieben, denn die Verbräuche werden kontinuierlich erfasst und ausgewertet. Dadurch wird erkennbar, wie der tatsächliche energetische Zustand der Gebäude ist und an welchen Objekten energetische Einsparmaßnahmen noch erforderlich sind.



Die städtischen Tochtergesellschaft Luna GmbH hat die Aufgabe, die öffentliche Straßenbeleuchtung in Lüneburg vollständig auf sparsame LED-Leuchten umzurüsten.

Verminderung des CO₂ Ausstoßes von Privat vorantreiben



Die Hansestadt Lüneburg stellt mit der Sanierungsmanagerin für Klimaquartiere eine zentrale Ansprechpartnerin bereit, um Beratung für die Bewohner zur Senkung des Energieverbrauchs im Gebäudereich anzubieten



Zur Öffentlichkeitsarbeit der Klimaschutzleitstelle gehört die Dachkampagne „Klimaschutz daheim“ unter der alle Möglichkeiten zum energetischen Sanieren/ Bauen, Energiesparen und Klimaschutz für Eigenheimbesitzer und Mieter zusammengefasst werden. Ergänzt wird dies durch Kampagnen zum Thema Energiesparen und Einsatz von erneuerbaren Energien, die in Kooperation mit der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen, der Verbraucherzentrale Niedersachsen und den Zukunftsgenossen durchgeführt werden. In den öffentlichen Bibliotheken in Stadt und Landkreis können Energiemessgeräte und Energiesparboxen ausgeliehen werden, um in den eigenen vier Wänden Einsparpotenziale ausfindig zu machen. Ziel ist es den Pro-Kopf Strom- und Wärmeverbrauch weiter zu senken.



Klimaschutzgedanken verbreiten

Bewusstseinsbildung stärken



Zahlreiche Initiativen und Aktivitäten von Institutionen, Bürgern und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Klimaschutz zielen auf die stärkere Bewusstseinsbildung ab: Auch hier ist die Klimaschutzleitstelle für eine Erstberatung der Bürgerinnen und Bürger eine zentrale Anlaufstelle. Bewusstseinsbildung erfolgt durch Vorträge und Kampagnen. Ein Beispiel ist die Kampagne „Grüne Hausnummer“, die in Kooperation mit der KEAN und dem Verband Wohneigentum Niedersachsen (Kreisgruppe Lüneburg) Gebäudeeigentümer auszeichnet. Die „Grüne Hausnummer“ erhält wer besonders energieeffizient gebaut oder saniert hat und honoriert damit den Einsatz für den Klimaschutz. Die ausgezeichneten Häuser und ihre Bewohner sind dabei wichtige Vorbilder und Multiplikatoren, um das Bewusstsein für eine energetische Sanierung



im Bestand und den Neubau über den gesetzlich vorgeschriebenen Standard hinaus zu stärken.

Auch das bereits in Kapitel 4.1 beschriebene Projekt „Energiesparen an Schulen“ dient der Bewusstseinsbildung und wird kontinuierlich weitergeführt.

Kooperationen und Netzwerke fördern

Überregionale Vernetzung

Der Landkreis Lüneburg ist über die Klimaschutzleitstelle an der Facharbeitsgruppe Klima und Energie der Metropolregion Hamburg beteiligt. Innerhalb Niedersachsens erfolgt ein Informations- und Erfahrungsaustausch durch die niedersächsische Klimaschutzagentur (KEAN).



Bürgerschaftliches Engagement

Innerhalb des Landkreises Lüneburg gibt es zahlreiche Aktivitäten, Initiativen und Vernetzungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern und im Klimaschutz aktiven Menschen der Zivilgesellschaftlich. So werden v.a. größere Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien wie (Bürger-) Solaranlagen auf kommunalen oder gewerblichen Gebäuden über Genossenschaften u.a. errichtet und finanziert. Energiewende und Klimaschutz werden neben anderen Nachhaltigkeitsthemen von Vereinen und Zusammenschlüssen wie dem Verein T.U.N. oder dem Nachhaltigkeitsrat thematisiert.



4.4 Nachhaltige Mobilität

Der Landkreis will durch ein integriertes Mobilitätskonzept zu einem effizienteren und ressourcenschonenderen Ineinandergreifen der im Landkreis vorhandenen Mobilitätsformen beitragen. Ziel ist ein öffentlich zugängliches Mobilitätsangebot, das allen Bevölkerungsgruppen – unabhängig von Einkommen und Alter sowie vom Besitz eines eigenen Fahrzeugs – eine bedarfsgerechte Mobilität ermöglicht.

Die Hansestadt hat im Jahr 2019 ein Radverkehrskonzept beschlossen und verfolgt damit das Ziel einer deutlichen Steigerung des Radverkehrsanteils im Stadtverkehr. Die Umsetzung des Konzeptes ist eine wesentliche Aufgabe, um eine nachhaltige Mobilität entwickeln zu können.

Nachhaltige Mobilität durch Stärkung des ÖPNV

Der Nahverkehrsplan ist das zentrale Steuerungsinstrument des Landkreises als Aufgabenträger für den ÖPNV zur Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen. 2017 wurde ein Integriertes Mobilitätskonzept unter breiter Bürgerbeteiligung erstellt. Die wesentliche Umsetzung erfolgte mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2019. Insbesondere die Verlängerung der Betriebszeiten, ein einheitliches Taktraster und eine Verbesserung der Linienführung hat den ÖPNV dabei attraktiver gemacht. Neue Rufbusse wurden insbesondere in den ländlichen Kommunen in das Angebot integriert. Zudem unterstützen ehrenamtlich getragene Bürgerbusvereine die Mobilität im ländlichen Raum mit ihren Fahrdiensten. Kontinuierliche Verbesserungen im ÖPNV Angebot sind für eine Verkehrswende erforderlich und sollen zukünftig weiterentwickelt werden.

Car-Sharing

36 Carsharing-Fahrzeuge (Cambio) stehen derzeit an 21 Standorten in Lüneburg und Reppenstedt für rund 2.000 Kunden zur Verfügung und ersetzen damit bis zu 430 Privat-PKW. Zwei der Fahrzeuge sind bereits E-Mobile. Die Deutsche Bahn stellt zwei weitere Car-Sharing-Fahrzeuge zur Verfügung. Eine Ausweitung und Elektrifizierung der Angebote wird angestrebt, wie es auch das Elektromobilitätskonzept vorschlägt.

Nachhaltige Mobilität durch Stärkung des Radverkehrs

Nach der Hansestadt hat auch der Landkreis begonnen ein Radverkehrskonzept zu erarbeiten. Beim Ausbau der Fahrradinfrastruktur soll dabei ein Schwerpunkt auf die Lückenschlüsse im Wegenetz gelegt werden. In der Hansestadt besteht bereits ein Verleihsystem für Fahrräder (StadtRAD) und Lastenräder, welches zukünftig deutlich ausgebaut werden und auch die Nachbargemeinden mit einbeziehen soll. Ein Leuchtturmprojekt für den Radverkehr ist der Bau eines Radschnellweges von Lüneburg nach Hamburg, der derzeit im Rahmen der Metropolregion entwickelt wird, sowie der Bau einer neuen Radverkehrsquerung über die Ilmenau zur Erschließung der neuen Arena Lüneburger Land. Dadurch ergeben sich zusätzlich neue Wege auch für den Alltagsradverkehr in der Region.



StadtRad Lüneburg © Hansestadt Lüneburg, Pressestelle

Zur Sensibilisierung macht die Hansestadt seit 2017 beim Projekt StadtRadeln mit und der Landkreis kürt monatlich den Umsteiger des Monats und führt mit AOK und ADFC die Kampagne „Mit dem Rad zur Arbeit“ durch. Zur Förderung des Radverkehrs werden lokale Verbände wie der ADFC und VCD in die Arbeit eingebunden und als Unterstützer für Aktionen gewonnen.





Auftakt zum Stadtradeln. © Hansestadt Lüneburg, Pressestelle

Bike + Ride/Park + Ride-Stationen

Neben den beiden Fahrrad-Parkhäusern und PKW-Parkhäusern am Bahnhof in Lüneburg entstehen weitere Abstellanlagen entlang der Bahnhaltepunkte- und an wichtigen Haltestellen des Busnetzes.

Der zukünftige Einsatz von Wasserstofftechnologie für eine neue Fähre über die Elbe sowie für eine Bahnstrecke, die nicht elektrifiziert ist, wird geprüft.

Nachhaltige Mobilität durch Stärkung alternativer Antriebstechniken



Die Einführung alternativer Antriebstechnologien ist neben der Verkehrsvermeidung und -verlagerung ein zentrales Element für die Energiewende im Mobilitätsbereich. Die Hansestadt setzt bereits seit 2008 E-Nutzfahrzeuge und Gasfahrzeuge in ihrem Fuhrpark ein. Im Kommunalen Elektromobilitätskonzept von Hansestadt und Landkreis werden 18 Maßnahmen benannt, die eine Weiterentwicklung der E-Mobilität im Landkreis befördern können. Unter anderem wird in den eigenen Fuhrparks der Einsatz von Elektrofahrzeugen in Zukunft weiter ausgebaut. Öffentliche Ladesäulen sollen verstärkt aufgebaut werden.



4.5 Integrierte Stadtentwicklung

Das SDG „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ verfolgt das Ziel Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu machen.

Um diesem umfassenden Anspruch gerecht zu werden sind integrierte und strategische Ansätze besonders hilfreich. Die Hansestadt Lüneburg hat hierzu einen Weg begonnen:

Integriertes Stadtentwicklungskonzept und „Lüneburg Zukunftsstadt 2030+“

Im März 2019 hat der Rat der Hansestadt Lüneburg den Beschluss gefasst, ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für die Hansestadt Lüneburg aufzustellen. Dieses Integrierte Stadtentwicklungskonzept wird mit einem breit angelegten Bürgerbeteiligungsprozess erarbeitet.

Gleichzeitig wird die Hansestadt Lüneburg im Rahmen des Projektes „Zukunftsstadt 2030+“ in der dritten Phase zusammen mit sieben anderen Kommunen vom BMBF gefördert. In dieser Phase werden im „Reallabor Lüneburg“ in den nächsten drei Jahren 15 Experimente durchgeführt, um den Weg einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu erproben. Die Leuphana Universität begleitet diese Experimente wissenschaftlich, evaluiert die Wirksamkeit und prüft Möglichkeiten zur Verstetigung.

Beide Prozesse werden bei der Hansestadt in einer neu gebildeten Verwaltungseinheit, dem Bereich „Nachhaltigkeit und Mobilität“, gebündelt und durchgeführt. So soll eine größtmögliche Abstimmung zwischen den Prozessen erreicht und Reibungsverluste vermieden werden.



Im Prozess zur Aufstellung des ISEK wird bis zum Sommer 2021 ein „Leitbild für eine nachhaltige Stadtentwicklung in Lüneburg“ entwickelt. Nach der Aufstellung dieses Leitbildes mit konkretisierten Zielvorgaben wird es ab dem Jahr 2022 beim Integrierten Stadtentwicklungskonzept darum gehen, in vielen Themenbereichen vertiefende Aussagen zur geplanten Entwicklung in der Hansestadt Lüneburg enthalten. Dies sind insbesondere Aussagen zur zukünftigen Wohnraumversorgung und damit zur Frage einer nachhaltigen Siedlungsplanung. Die

Entwicklung der Grünflächen soll nicht nur einen Zugang zu Erholungsflächen sichern, sondern helfen, Umweltbelastungen zu senken und Anpassungsmaßnahmen für den Klimawandel vorzubereiten. Ein weiterer Schwerpunkt wird zudem die Entwicklung der Stadtverkehre sein im Sinne einer Verkehrswende hin zu einer deutlichen Stärkung des Umweltverbundes. Die Entwicklung einer nachhaltigen Mobilität hat daher eine hohe Priorität. Das ISEK konkretisiert die Entwicklung der Hansestadt für die nächsten 15 Jahre. Dabei müssen Projekte und der Entwicklungspfad für die Stadt den Zielvorstellungen der 17 Nachhaltigkeitszielen der UN entsprechen und eine konkrete Umsetzung der für Lüneburg relevanten Vorgaben darstellen. Die Entwicklung der Hansestadt soll sich dabei am Leitbild orientieren und möglichst viele Zielvorgaben erreichen.

Die Ergebnisse der Realexperimente aus der Zukunftsstadt 2030+ fließen in diesen Diskussionsprozess ein.

Die Hansestadt wird sich im Prozess mit den Handlungsfeldern der UN-Nachhaltigkeitszielen vertieft auseinandersetzen. Diese sollen im Integrierten Stadtentwicklungskonzept eine wichtige Rolle spielen.

Forschung zur Siedlungsflächenentwicklung

Zudem bringt die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele in Stadt und Landkreis Lüneburg Implikationen für die Steuerung von Flächeninanspruchnahme mit sich. Sowohl Hansestadt als auch Landkreis Lüneburg streben eine flächensparende Siedlungsentwicklung an. Der Landkreis verfolgt dazu eine integrative Verkehrsplanung und eine darauf abgestimmte Siedlungsentwicklung. Zusammen mit der Leuphana forschen Landkreis und Hansestadt im Verbundprojekt SUSTIL⁷ an möglichen Steuerungsinstrumenten und Szenarien für die zukünftige Flächenentwicklung im Kreisgebiet.



7 SUSTIL – Szenarien zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele in Stadt und Landkreis Lüneburg: Implikationen für die Steuerung von Landnutzung, gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung

Das stadtweite Klimagutachten der Hansestadt stellt ebenfalls wichtige Grundlagen bereit. Es analysierte die bioklimatische Situation und Bedeutung von innerstädtischen Bereichen und dem Umland. Die Aussagen des Klimagutachtens sind für die zukünftige Entwicklung eine wichtige Grundlage.

Grünband Innenstadt



Im Rahmen des Bund-Länder-Programms der Städtebauförderung „Lebendige Zentren- Erhalt und Entwicklung der Orts- und Stadtkerne“ wird über einen Zeitraum von zehn Jahren angestrebt, Grünflächen besser zugänglich

und sichtbar zu machen, Fuß- und Radwege zu verbessern oder auch neu anzulegen, sowie die Grün- und Freiflächen besser miteinander zu verbinden. Ein Ziel der Hansestadt Lüneburg ist es, ein „Grünband Innenstadt“ entlang der Grünanlagen Kalkberg, Liebesgrund und Kreidebergsee sowie der Basteihalbinsel zwischen Ilmenau und Lösegraben zu entwickeln und insbesondere die Umgestaltung von Straßen, Wegen und Plätzen anzugehen.



Grünband Innenstadt 2020. © Hansestadt Lüneburg, Tobias Neumann



Rahmenplan Grünband Innenstadt. © Cappel + Kranzhoff

4.6 Konsum und Abfall

Kommunen und viele Unternehmen aus dem Einzelhandel sowie Privatpersonen setzen sich in Lüneburg und Umgebung für den fairen Handel ein (siehe Kapitel 3.2). In vielen Geschäften und in der Gastronomie wird der faire Handel beworben und eine wachsende Palette an Produkten angeboten.



Elektro-Nutzfahrzeugen des AGL-Fuhrparks.
© Hansestadt Lüneburg, Pressestelle

Die Beschaffungsrichtlinie der Hansestadt und die des Landkreises werden fortlaufend angepasst und sind seit vielen Jahren ein wichtiges Instrument zu einer möglichst nachhaltigen Beschaffung. So wollen Verwaltung und städtische Gesellschaften gleichermaßen erreichen, dass sie nur solche Güter beschaffen, Aufträge und Arbeitsverträge abschließen sowie Dienstleistungen in Anspruch nehmen, die auch in punkto Lebensdauer und Lebenszyklus betrachtet jeweils möglichst geringe Auswirkungen auf die Umwelt haben. Bei der Beschaffung neuer Fahrzeuge haben sich die Stadtverwaltung sowie verschiedene Gesellschaften mit städtischer Beteiligung auf den Weg gemacht, ihre Fuhrparks wo möglich umweltfreundlich auf E-Fahrzeuge umzurüsten. Auch Lastenräder, E-Bikes und Carsharing sollen zukünftig beim Umrüsten bedacht werden.

Die Potenziale der Kommunen gilt es in Zukunft noch stärker zu nutzen und Nachhaltigkeit in den Fachdiensten zu integrieren.

Nachhaltige Abfallwirtschaft

Die GfA als gemeinsame kommunale Anstalt verfügt mit ihrem Abfallwirtschaftskonzept über vielfältige Ansätze zur Abfallreduktion, Wiederverwertung, zum Recycling und zur Energiebereitstellung. Anfallende Abfallmengen aber auch Energieerträge aus Holz, Ersatzbrennstoffen, Photovoltaik, Deponiegas und Windkraftanlage zeigen die klimaschutzrelevanten Beiträge der GfA.

Auch die Abwassergesellschaft der Hansestadt Lüneburg erzeugt ihren Wärmebedarf sowie den Strom für die Kläranlage und E-Fahrzeuge durch ein Blockheizkraftwerk, das mit den Faulgasen der Anlage betrieben wird. Ein weiteres Vorzeigeprojekt findet sich an einer Hauptabwasserleitung im Stadtgebiet. Dort wird die Wärmeenergie des Abwassers mit Hilfe eines Wärmetauschers zur Energieversorgung des Museum Lüneburg eingesetzt.



5. AUSBLICK

Neben den bereits vorgestellten Handlungsperspektiven sind aktuell weitere Aktivitäten von besonderer Bedeutung:

Darstellung der UN-Nachhaltigkeitsziele in Sitzungsvorlagen

Seitens der Verwaltung wird an einer Möglichkeit gearbeitet, zu jeder Sitzungsvorlage eine Darstellung zu finden, welches UN-Nachhaltigkeitsziel durch diesen Beschluss berührt wird.

Dabei soll auch beschrieben werden, in welcher Weise dieser Beschluss hinsichtlich seiner Auswirkungen auf die Umwelt wirkt. So wird eine vereinfachende Beschreibung angestrebt, die z.B. einen Mehr- oder Minderausstoß von CO₂ abbildet.

Nachhaltigkeitsberichterstattung bei der Hansestadt

Um eine Nachhaltigkeitsberichterstattung zu entwickeln, erarbeitet die Verwaltung mit einer interfraktionellen Arbeitsgruppe ein konkretes Konzept. Die Arbeitsgruppe verständigt sich über die Inhalte und die Vorgehensweise. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Als große Herausforderung stellt sich die Frage nach geeigneten Indikatoren sowie die tatsächliche Datenverfügbarkeit und Erhebung heraus.

Verstetigung der Zusammenarbeit

Der Landkreis Lüneburg und die Hansestadt als beteiligte Akteure am Projekt Global Nachhaltige Kommune in Niedersachsen werden gemeinsam die im zurückliegenden Zeitraum entwickelte Zusammenarbeit verstetigen und in künftigen Projekten fortführen. Dabei wird der interkommunale Austausch im Netzwerk der GNKN von hohem fachlichem Nutzen sein.



GNKN Netzwerktreffen, Dezember 2019. © Stefan Neuenhausen



www.17ziele.de